

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.**  
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

**Carola-Chocolade.**  
Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

**Anzeigen-Zarif**  
Bekanntmachung des Reichstages...  
Anzeigen-Zarif...  
Bekanntmachung des Reichstages...  
Anzeigen-Zarif...  
Bekanntmachung des Reichstages...  
Anzeigen-Zarif...

**Bergschmelze**  
Bekanntmachung des Reichstages...  
Anzeigen-Zarif...  
Bekanntmachung des Reichstages...  
Anzeigen-Zarif...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 38-40.

**K. S. Hoflieferant B. A. Müller** Prager Str. 32/34  
Sport- und Spielwarenhaus

**Lawn Tennis-Ausstellung.**  
Größte Auswahl **Rollschuhe** Paar von 3 Mk. an.

**Trauringe:** Massiv Gold - fugenlos!  
Das Paar von 10 bis 80 Mark.  
Gravierung gratis.

**Gustav Smy**  
Dresden-A., Moritzstrasse 10  
(Ecke König-Johann-Strasse)

**Hühneraugen, Hornhaut**  
besitzt gründlich Cornpflaster der  
**Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.**  
Nur echt mit Schutzmarke „Hühner-Auge“ 5 Cent  
50 Pfennige. — Prompter Versand nach auswärtig.

**Lederwaren. Reise-Artikel.**

Weitgehendste Auswahl in  
**Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.**

**Adolf Näter,** Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft  
26 Prager Strasse 26.

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Bitterung:** Kühl, regnerisch.

Im Spionageprozess Schweng u. Gen. wurden die Hauptangeklagten Schweng und Böhm zu 1 bzw. 2 1/2 Jahren Zuchthaus, 10 bzw. 6 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Der Kaiser wird seine Nordlandsreise voraussichtlich am 5. Juli von Travemünde aus antreten.

Die jährliche offizielle „Leipz. Zitg.“ wendet sich im Interesse der Einzelstaaten schärf gegen die Kotierungsfreier des Antrages Adolphsen in der Finanzkommission des Reichstages.

Die Finanzkommission des Reichstages legte in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung die Beratung der Brauntweinsteuer vorlage fort.

Eine Begegnung der leitenden Staatsmänner der Dreibundmächte soll, der „Wiener Allg. Corr.“ zufolge, in der ersten Hälfte des Monats September erfolgen.

An Stelle Sardous wurde Marcel Prévost in die Academie française gewählt.

Zweitausend eingeschriebene Seeleute in Marseille beschloßen die Fortführung des Streiks.

## Die Lage in der Türkei.

In einer überfüllten Kammer Sitzung, der auch der deutsche Botschafter in Konstantinopel Freyherr von Marschall beiwohnte, ist der Großvezir mit dem neuen Regierungsprogramm vor das Land getreten und hat als Antwort der erwählten Vollvertreter ein außerordentlich hartes Vertrauensvotum entgegennehmen können. Das Regierungsprogramm berührt sich in seinen wesentlichen Teilen mit der Thronrede. Es nimmt wie diese Bezug auf die Unruhen in Adana, die übrigens nach einer dieser Tage erfolgte Erklärung der kaiserlich osmanischen Vorherrschaft in Berlin nicht entfernt die Zahl der Opfer erfordert haben, von der gewisse armenische Komitees gesprochen hatten, und die wahrheitsgemäß ebenso auf Christus wie auf die Männer zur Vollziehung werden müssen, und ferner auf die schwierige Finanzlage des Landes, die noch sehr viel drückender wäre, wenn nicht die von Oesterreich-Ungarn bewilligte Entschädigungssumme in Höhe von 2 1/2 Millionen türkischen Pfund und die im Jildis aufgefundenen Gelder in Höhe von fast 1 1/2 Millionen Pfund als außergewöhnliche Einnahmen zur Deckung des Defizits hinzugekommen wären. Nicht beeinträchtigt durch Konflikte mit dem Auslande, wie Thronrede und Regierungsprogramm verheißen, will die türkische Regierung ihre Bemühungen der Durchführung von Reformen widmen, und davon sollen die Verwaltungen, Gerichtswesen und Unterrichtswesen, der Militärdienst, das Beamtenwesen, das Vereinswesen, die Presse, der nur so weit Freiheit gelassen werden soll, als sie den Boden des Patriotismus nicht verläßt, und ganz besonders Heer und Flotte betroffen werden. Namentlich die Reorganisation der Flotte scheint der türkischen Regierung sehr am Herzen zu liegen, und sie hat mit diesem ihrem Wunsch bereitwilliges Entgegenkommen bei der Deputiertenkammer gefunden. Die Kammer hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der die Verleihung englischer Zeeoffiziersgrade für die geplanten Marine-Reformen in Aussicht nimmt. Auch ohne an das abstrakte Gerücht zu denken, das von einer angeblich bevorstehenden Koalition zwischen der Türkei und Japan mit der Spitze gegen Rußland sprach, ein Gerücht, das immerhin die höhere Vertiefung charakterisiert, deren sich die vereinte Türkei zu erfreuen beginnt, dürfte nicht schwer zu erraten sein, gegen welche Macht türkische Flottenverhärkungen bestimmt sein könnten. Noch sind hier durchgreifende Wandlungen im weiten Felde. Nicht mit einem Schlage wird der Schlendrian beizugeht werden können, der bisher die größten Vernachlässigungen und Eigenmächtigkeiten der Schiffbesatzungen ungestrukturiert duldete, aber die außerordentlichen, jetzt allgemein anerkannten Erfolge in der Ausbildung der türkischen Armee, die auf Rechnung deutscher Anstrengungen zu setzen sind, eröffnen doch für das türkische Flottenwesen Ausblicke, die, wenn das Land finanziell stark genug ist, die Lasten einer zeitgemäßen Reorganisation der Marine zu tragen, jedenfalls ernste Beachtung verdienen.

Da das Programm des Kabinetts Hilmi in der hauptstädtischen Presse im allgemeinen günstige Aufnahme gefunden hat, da außer dem Kabinet: die Präsidenten der

beiden Kammern und die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden vom Sultan in feierlicher Audienz empfangen wurden, — eine Auszeichnung, die dem im Januar gestürzten Großvezir Kiamil Pascha, dem Günstling Englands, trotz allen Bemühens nicht mehr zu teil geworden ist, nachdem seine im Jildis aufgefundenen Privatkorrespondenz mit Abdul Hamid ihn, den ehemaligen Großvezir, und zahlreiche andere hochgeherrschte Personen aus schwerer Kompromittierung hat, — so könnte es scheinen, als sei alles in seiner Ordnung und jede fernere Störung der ruhigen Weiterentwicklung ausgeschlossen. Aber ein solches Vertrauen wäre sicherlich verfehlt. Erst vor wenigen Tagen ist ein ernstlicher Konflikt zwischen dem militärischen Oberbefehlshaber und dem jungtürkischen Komitee mit Not und Mühe beigelegt worden. Mahmud Schewket Pascha ist noch immer der eigentliche Machthaber, nicht bloß in der noch immer im Belagerungsstand befindlichen Hauptstadt, sondern im ganzen Lande. Dieser an der Schwelle des sechsten Jahrzehnis stehende Mann, der niemals Jungtürke und niemals Mitglied des jungtürkischen Komitees gewesen ist, der bis zu seiner Ernennung zum Generalinspektor des makedonischen Vilajets immer nur militärische Posten bekleidet hat, ist auch während der Ereignisse seit dem 13. April dieses Jahres ganz und ausschließlich Soldat geblieben. Er ist auch nur, weil er sich verpflichtet fühlte, den drohenden vollständigen Zusammenbruch des Staates zu verhindern, aus eigener Entscheidung dem jungtürkischen Komitee zu Hilfe gekommen. Wie er aber in allen seinen öffentlichen Rundgebungen stets mit den Ausdrücken höchster Achtung von Abdul Hamid gesprochen hatte, hat er nicht selbst die Abkündigung des Sultans betriebe, sondern hierin nur dem Drängen der Nationalversammlung, die ihrerseits wieder persönlichen Gegnern des Sultans Gehör schenkte, schließlich nachgegeben. Ihm kam es nur darauf an, die Verfassung zu schützen, die er gefährdet sah, und eine Bewegung zu fördern, die nach seiner Überzeugung zunächst dem Wohle des Landes diene. Es fragt sich aber, wie weit er und mit ihm seine Freunde und Gesinnungsgenossen im Kabinet, der Minister des Innern und der Handelsminister, den Mitgliedern des jungtürkischen Komitees, die zum mindesten die Unterstaatssekretariate durch die Abgaben bereit zu sein wünschen, entgegenkommen bereit sind.

Augenblicklich soll der Streit „nach gründlicher Aussprache“, wie es heißt, behoben sein. Aber die Gegensätze zwischen dem militärischen Machthaber und den Führern des jungtürkischen Komitees sind damit nicht aus der Welt geschafft. Die letzteren sind aufeinander von einem unüberwindlichen Ehrgeiz besetzt. Das gilt gewiß nicht von allen Jungtürken. Viele sind unter ihnen, auf die das Wort des am 2. Juni aus Konstantinopel scheidenden französischen Botschafters Constans zutrifft, daß sie selbstlos, unelgennützig und von patriotischer Begeisterung erfüllt seien. Indessen die zumeist noch jugendlichen Führer des Komitees verlangen nach dem Preis ihres Sieges, nach äußerer Anerkennung dessen, was sie geleistet haben. Augenscheinlich ist das Endziel solcher Bestrebungen, dem jungtürkischen Komitee ausschlaggebenden Einfluß im Kabinet zu sichern, und gegebenenfalls den Sultan diesem Einfluß zu unterwerfen. Dagegen lehnt sich die loyale Gesinnung des obersten Heerführers auf, der die in der Person des Großherrn bestehende Verbindung von Sultanat und Kalifat als unveräußerlich und unverletzlichen Bestandteil des Staatskörpers ansieht und demgemäß jeder Einschränkung der Machtbefugnisse des Sultans widerstrebt. Von der Mäßigung der jungtürkischen Führer wird es somit abhängen, ob neue Zerwürfnisse innerhalb des Kabinetts und zwischen Kabinet, Komitee und Armee, die auch den Sultan in Mitleidenschaft ziehen würden, hinausgehalten werden können. An anderen Konfliktmöglichkeiten fehlt es nicht. Zwischen Senat und Kammer haben sich in Budgetfragen Meinungsverschiedenheiten ergeben, und der Erlass eines Kundgebens durch den neuen Scheich ul Islam Mollas Sahib Bey, worin der höchste geistliche Würdenträger die misstrauischen Bedenken der strenggläubigen Mohammedaner zu entkräften sucht, scheint doch darauf hinzudeuten, daß die Beförderung, es könnten neuerdings reaktionäre Gegenstücke erfolgen, noch immer nicht ganz geschwunden ist. Viel wäre hier allerdings gewonnen, wenn auch die übrigen Glaubensgemeinschaften in der Türkei auf Veröhnung und gegenseitige Duldung hinarbeiten wollten.

Dazu ist die auswärtige Lage nicht ungeeignet. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien

sind, nachdem der bulgarische Handelsminister Vapthiew den Mißerfolg der Verhandlungen über die Orientbahn-Angelegenheit mit seiner Abreise beantwortet hat, aufs neue gespannt, und wenn es richtig sein sollte, daß die bulgarische Regierung, deren Bemühungen um Anerkennung des Titels „König der Bulgaren“ seitens der Pforte bisher gleichfalls erfolglos geblieben sind, die am 28. d. M. zur Entlassung kommenden Referendarmannschaften zurückhalten will, um in der Bahnfrage einen Druck auf die Pforte auszuüben, so liegen ernsthafte Verwicklungen im Bereiche der Möglichkeit. Demgegenüber ist vorläufig wenigstens die Erklärung der türkischen Regierung beruhigend, daß sie ernstlich bemüht sei, äußere Konflikte zu vermeiden. Diese Erklärung ist um so wertvoller, als die zeitlich zusammenfallende Abberufung des russischen Botschafters Sinowjew und des französischen Botschafters Constans — sie werden durch Tscharnow und Pompadour ersetzt — auf eine veränderte Haltung der westmächtliden Triple-Entente gegenüber der Pforte hinzudeuten scheint. Was Deutschland betrifft, so hat es durch seine Haltung in der Kretazfrage, die abermals von sich reden macht, weil sie in der englischen und russischen Presse zu gefühlvollen Verächtigungen der deutschen Loyalität gegenüber der Türkei benützt wird, den unantastbaren Nachweis erbracht, daß es dem neuen Regime in der Türkei keine Hindernisse in den Weg legen will. Deutschland gehört nicht zu den Schutzmächten Kreas und lehnt jede Einmischung in die türkisch-griechischen Auseinandersetzungen über die Insel ab. Die strenge Neutralität der deutschen Politik ist in der türkischen Presse mit unverhohlener Befriedigung begrüßt worden. Der übrigen wird diese Angelegenheit erst dann völlig aktuell werden, wenn die Verhandlungen zwischen den Schutzmächten und der Türkei über die Zurückziehung der Truppen in Ruß gekommen sind. Jedenfalls weiß sich die deutsche Regierung von jeder offenen und verdeckten Animosität gegen die Pforte frei. Deutschland bleibt, was es stets gewesen ist, der aufrichtige Freund der Türkei, und darf gewiß sein, damit auch auf dem Balkan der Sache des Friedens und des Fortschrittes zu dienen.

## Neueste Drahtmeldungen vom 27. Mai. Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die gestrige Konferenz im Reichsschatzamt, die 8 Uhr abends begann, dauerte bis nach Mitternacht. Die Beratungen zwischen den Vertretern der Regierung und den Vertretern der Bank- und Börsenkreise sind damit abgeschlossen. Als Endergebnis besteht nach dem „B. Z.“ der Eindruck, daß die Börse und die Banken mit 20 bis 30 Millionen belastet werden sollen. Die Form, in der die Belastung erfolgen wird, ist definitiv noch nicht festgesetzt; doch gelten Couponsteuer und die Dividendensteuer für ausgeschlossen. Man nimmt hieran, daß die Abgabe besteht, einen großen Teil der neuen Abgaben durch eine Bankumschlagsteuer aufzubringen.

**Aus der Finanzkommission des Reichstages.**  
(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Berlin. (Priv.-Tel.) In § 2 des Brauntweinsteuergesetzes (sog. Viebesgabe) lagen heute in der Finanzkommission des Reichstages verschiedene Anträge vor. In der ersten Lesung war durch Mehrheitsbeschluß der Konservativen und des Zentrums die Verbrauchsabgabe innerhalb des Kontingents auf 1,15 Mk., außerhalb des Kontingents auf 1,25 Mk. für das Vier Alkohol bemessen worden, was die dauernde Aufrechterhaltung der bisherigen Spannung von 20 Mk. beim Sektoliter bedeutete. Die Nationalliberalen beantragten, die obere Staffel auf 1,40 Mk. festzusetzen, unter Beibehaltung der bisherigen Spannung von 20 Mk. für die ersten drei Jahre, sie für die nächste zehnjährige Periode bis zum 1. Oktober 1922 auf 15 Mk. zu bemessen, und von da ab dauernd auf 12 Mk. festzusetzen durch entsprechende Erhöhung der Sätze für den Alkohol innerhalb des Kontingents. Die Freikämmerer beantragten einen weiteren Abbau der Spannung, und zwar sollte sie für die nächsten fünf Jahre, bis zum 1. Oktober 1914, dadurch, daß die Verbrauchsabgabe für den nicht kontingentierten Brauntwein auf 1,35 Mk., die für den kontingentierten auf 1,20 Mk. festgesetzt wird, 15 Mk. betragen, für die darauf folgende fünfjährige Periode auf 10 Mk. herabgesetzt und dann dauernd auf 5 Mk. festgelegt werden. Abg. Dr. Köhde (son.) beantragte, unter Beibehaltung der 20-Mark-Spannung, eine Ermäßigung der Verbrauchsabgabe gegenüber dem Beschluß erster Lesung, auf 1 bzw. 1,20 Mk. Am Laufe der Beratung zog er jedoch diesen Antrag zugunsten eines Antrages Dietrich (son.) zurück, der die Sätze auf 1,05 und 1,25 Mk. bemisst. Dieser Antrag wurde schließlich, wie schon gemeldet, angenommen. Staatssekretär Sydow hatte den nationalliberalen Antrag empfohlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Finanzkommission des Reichstages legte in der Nachmittagsitzung die Beratung der Brauntweinsteuervorlage fort. Zu lebhaft-